



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen

Haller, Johannes

Stuttgart [u.a.], 1930

der Casus belli und das Kriegsziel

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77090](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77090)

ding, dann aber ließ er sich rasch trösten durch den Hinweis, daß schon eine drohende Haltung Österreichs einen Teil der preußischen Kräfte fesseln würde. Für ihn stand der Entschluß zum Kriege fest, es handelte sich nur noch darum, den Anlaß zu finden.

Die französischen Staatsmänner meinten, den *Casus belli* nicht weit suchen zu müssen. Er hieß: Verletzung des Prager Friedens durch Preußen. Man wollte sie finden in den Kriegsbündnissen des Norddeutschen Bundes mit Bayern, Württemberg und Baden und in der Zollunion des Bundes mit den süddeutschen Staaten. Im Hintergrund stand auch die unterbliebene Volksabstimmung in Nordschleswig. Alle drei Vorwände waren gleich fadenscheinig. Waren die süddeutschen Staaten souverän und unabhängig, so konnte niemand ihnen verbieten, auf Teile ihrer Hoheit freiwillig zu verzichten. Am wenigsten besaß Frankreich ein Recht des Einspruchs, da es formell am Prager Friedensschluß gar nicht beteiligt war. Es konnte auch in der Nordschleswiger Frage keine Forderungen erheben, da Preußen ihm gegenüber keine Verpflichtung eingegangen war. Das hinderte aber die französischen Minister, die einander zwischen 1867 und 1870 rasch ablösten, keineswegs, immer wieder auf diese Beschwerden zurückzukommen. Es nützte nichts, daß die deutschen Vertreter, zuerst Graf Goltz sehr energisch, dann der sanfte Baron Werther weniger schroff, aber doch mit genügender Deutlichkeit, ihnen zu verstehen gaben, die Beziehungen zwischen Nord- und Süddeutschland seien innere Angelegenheiten der deutschen Nation, die sich vom Ausland nichts vorschreiben lasse. Die Klagen und Vorstellungen wiederholten sich trotzdem. Man hatte nun einmal in Paris nicht begriffen und wollte nicht begreifen, daß die Zeit vorüber sei, wo Deutschland, ganz oder teilweise, französische Interessensphäre gewesen war und von der französischen Diplomatie als Schachbrett behandelt wurde, auf dem sie ihre Figuren nach eigenem Bedarf hin und her schob.

Darin wußte die Regierung Napoleons III. die Nation hinter sich. In ihr gab es zwei Richtungen. Die eine gedachte

alles, was in Deutschland 1866 geschehen war, rückgängig zu machen, den Norddeutschen Bund aufzulösen und die früheren Verhältnisse wiederherzustellen, natürlich unter den erforderlichen Bürgschaften dafür, daß Preußen das Spiel nicht nochmals versuche. Eine andere Richtung war bereit, die Einigung Norddeutschlands unter Preußen anzuerkennen, unter der Bedingung, daß es dabei bleibe und der Bund nicht nach Süddeutschland hinübergreife. Dieser Ansicht huldigten die meisten Mitglieder der liberalen Partei. Nichts ist bezeichnender für die Taktik Napoleons, als daß er in dem Augenblick, wo er die letzten Vorbereitungen für den Krieg traf, die Regierung den Liberalen, seinen bisherigen Gegnern, anvertraute. An der Spitze des Ministeriums, das am 2. Januar 1870 die Geschäfte übernahm, stand Emile Ollivier, bekannt als Freund des Friedens, auch Deutschlands, mit dem er durch seine Heirat in nahen persönlichen Beziehungen stand. Der liberale Deutschenfreund sollte dem Kaiser im Falle des Krieges die Stimmen der bisherigen Opposition zuführen, die ändern waren ihm ohnehin sicher.

Einstweilen erging sich der Außenminister dieses Kabinetts, Graf Daru, in Redensarten, die den Charakter der Drohung kaum mehr verleugneten. Er nannte die Ruhe, die zur Zeit noch in Frankreich herrsche, eine Chloroformnarkose, aus der das Land bei der geringsten Schürfung seiner Haut jäh erwachen würde. Ein andermal hatte er die Dreistigkeit zu erklären, Frankreich wäre einverstanden, wenn die deutsche Einheit *ad Calendas graecas* vertagt würde. Nicht weniger deutlich drückte sich sein Nachfolger, der Herzog von Gramont aus: Frankreich erkenne die neue Gestaltung Deutschlands in vollem Umfang an, erwarte aber, daß Preußen den bestehenden Zustand nicht verschiebe und die Mainlinie nicht überschreite. Unter dieser Voraussetzung würden die freundlichen Beziehungen fort dauern. Als Werther darauf die richtige Antwort gab, die deutsche Nation könne ihre Organisation nicht von der Zustimmung des Auslands abhängig machen, und auch bezüglich der Mainlinie behalte sich Preußen alle Freiheit vor, erwiderte Gramont: diese

Bemerkungen könnten vom französischen Standpunkt aus nicht ohne Erregung hingenommen werden. Das war am 30. Juni 1870. Am folgenden Tage sprach Ollivier in der Kammer von der Unverletzlichkeit des Prager Friedens; er nannte sie eine der Bedingungen, von denen der Friede Europas in besonderem Maße abhängig sei. Der wahre Sinn dieses Sätzchens verschwand in der Umhüllung friedensseliger Deklamationen; nur wer die geheimen Verhandlungen der letzten Monate kannte, verstand, wie es gemeint war: die preußischen Verträge mit den Südstaaten waren nach französischer Auffassung schon eine Verletzung des Friedens. Jeden Augenblick also konnte Frankreich diese Frage aufrollen und den Krieg daraus entstehen lassen. Wenn es das nicht schon getan hatte, so waren daran wohl die österreichischen Mahnungen schuld, die immer wieder davon abrieten, gerade diese Differenz mit ihrem stark nationalen Beigeschmack zum Stichwort zu nehmen. In Wien hatte man das richtige Gefühl, daß von solcher Stellung aus die Sympathien Süddeutschlands nicht zu erobern sein würden.

Immerhin, die Erklärungen Olliviers und Gramonts hatten mit genügender Deutlichkeit verraten, worum es Frankreich zu tun war: die deutsche Einheit zu verhindern. Dagegen trat alles andere zurück, auch der Rhein, an den die Heißsporne des Chauvinismus, ein Girardin, ein Cassagnac, zu erinnern nicht müde wurden. Insofern bestand zwischen Ollivier und Thiers, der geradezu die Auflösung des Norddeutschen Bundes verlangte, nur ein Unterschied des Grades. Die wirkliche Einigung Deutschlands zuzulassen war der eine sowenig bereit wie der andere. Dies ist die wahre Ursache des Krieges im Jahre 1870 gewesen.

Wie verhielt sich das neue Deutschland dazu? Es war verkörpert in der Person des Staatsmannes, dem es den Anfang seiner Einigung verdankte und der berufen war, sie zu vollenden. Gegenüber dem Willen und Urteil Bismarcks kam in dieser Frage keine andere Meinung in Betracht, auch nicht die des Königs. Bismarcks Haltung angesichts der offenkundigen französischen Drohungen ist ein Muster überlegener Ruhe und

Weisheit. Über die heimlichen Fäden, die zwischen Paris, Wien und Florenz gesponnen wurden, wußte er gerade genug, um auf der Hut zu sein. Schon am 2. April 1869 stellte er den italienischen Gesandten deswegen zur Rede, und als dieser ihn vor der französischen Kriegslust zu warnen suchte — Frankreich sei wie eine geladene Leidener Flasche, die man nicht berühren dürfe —, antwortete er mit einem sehr energischen Hinweis auf die militärische Überlegenheit Preußens, über die der französische Militärbevollmächtigte am besten Auskunft geben könne. Aber zu Handlungen ließ er sich nicht fortreißen. Er wartete ab.

Gegenüber dem Wunsche nach Ausdehnung des Bundes und Aufnahme Badens verhielt er sich ablehnend und tadelte, öffentlich ebenso wie im Vertrauen, das Drängen mancher Kreise. Als Grund gab er in einer Mitteilung an die badische Regierung offen die Rücksicht auf Frankreich an. Im Reichstag erklärte er unumwunden und wiederholte es auch dem französischen Botschafter, daß sein Ziel die deutsche Einheit und der Norddeutsche Bund nur „ein vorübergehendes Stadium“ sei. Er wies darauf hin, daß auch zurzeit schon die militärischen Kräfte Süddeutschlands in jedem Kriege dem König von Preußen zur Verfügung ständen und das Haupt des Nordbundes in Süddeutschland ein Stück kaiserlicher Gewalt besitze wie kein deutscher Kaiser seit fünfhundert Jahren. Aber weiter zu gehen lehnte er ab; er wußte, daß jeder Schritt auf dieser Bahn den Kriegsfall bedeutete, und den Krieg wollte er nicht.

Nicht als ob er ihn gefürchtet hätte; im Gegenteil, er war des Sieges sicher. Zahlreiche Äußerungen aus diesen Jahren, auch solche vertraulicher Natur, lassen hierüber keinen Zweifel und geben den Schlüssel zu seiner gesamten Anschauung von den deutsch-französischen Beziehungen. In der Beurteilung der französischen Absichten hat er geschwankt. Im April 1868 meinte er zu Hohenlohe, über den Krieg mit Frankreich ließe sich ebensowenig Sicheres sagen wie über das Wetter im kommenden Juli, „doch glaube er nicht an den Krieg, da Frankreich sich zweimal besinnen werde, ehe es mit